

Kataster: Land vermessen oder Kräfte messen?

Die acht Kataster-Pilotprojekte, die als Folge der Friedensabkommen durchgeführt wurden, stehen kurz vor ihrer Beendigung. Während die Regierung die Landproblematik als rein technische Angelegenheit einstuft, bestehen soziale Organisationen, die zum Thema arbeiten, darauf, dass es sich um eine hochpolitische Sache handelt. Nun wurde ein Gesetzesvorschlag eingereicht, um die Katasterfrage auf nationaler Ebene zu regeln. Unter den sozialen Organisationen herrscht Uneinigkeit darüber, ob der Gesetzesentwurf zu unterstützen ist oder nicht.

Der folgende Artikel erschien am 20. November in *Inforpress Centroamericana*.

Pilotprojekte zu Ende

Mit Ausnahme von Santa Cruz, Alta Verapaz, stehen die acht Pilotprojekte zur Landvermessung, die aufgrund des *Abkommens über die sozioökonomische Situation und Landfrage* durchgeführt wurden, kurz vor ihrem Abschluss. Zuständig für die Durchführung dieser Projekte ist (bis zur Verabschiedung eines nationalen Katastergesetzes) die interimistische *Kommission für Entwicklung und Regelung des Landbesitzes* (PROTIERRA). Finanziert werden die Projekte durch Schenkungen und internationalen Darlehen.

Bisher wurden in den Pilotprojekten 27'022 Grundstücke vermessen. Laut Jonatan Martínez von der technisch-juristischen Abteilung von PROTIERRA sagt diese Zahl nicht viel aus. Da bisher keine entsprechenden Statistiken durchgeführt wurden, gibt es keine vergleichende Angaben in Bezug auf die gesamte Anzahl Grundstücke der jeweiligen Gemeinde. (siehe Grafik)

Gemeinde	Departement	Vermessene Grundstücke	Gebiet
La Democracia	Escuintla	1640 1000	städtisch ländlich
Purulha	Baja Verapaz	872 20	städtisch ländlich
Santa Cruz	Alta Verapaz	636 0	städtisch ländlich
San Jacinto	Chiquimula	427 603	städtisch ländlich
Huite	Zacapa	1032 850	städtisch ländlich
San Lucas	Sacatepéquez	5000 3000	städtisch ländlich
Santiago	Sacatepéquez	4000 0	städtisch ländlich
San Francisco	Petén	2500 284	städtisch ländlich
Total vermessene Grundstücke		27'022	
Quelle: Bericht der technisch-juristischen Abteilung PROTIERRA, September 2000			

In den Gemeinden La Democracia, Escuintla und San Francisco, Petén, wo der Vermessungsprozess schon weiter vorangeschritten ist, werden nun die erhobenen Daten analysiert und mit den Eintragungen im Grundbuch (sofern es sie gibt) verglichen. Eine rein technische Angelegenheit also, die sich mit dem Status Quo befasst.

Diese technische Sicht- und Angehensweise wird auch in den Dokumenten von PROTIERRA vertreten. In der Publikation *"Anwendung des Agrarrechtes in Guatemala, Strategien und Vorschläge"*, die der Direktor der juristisch-technischen Kommission von PROTIERRA, Carlos Cabrera del Valle, im April 1999 herausgegeben hat, heisst es: "Guatemala ist kein armes, sondern ein schlecht organisiertes Land. Deshalb müssen wir das Kataster als ein Werkzeug nutzen, um damit die Organisation des Landes zu beginnen."

Cabrera erklärte gegenüber *Inforpress*, die in den Pilotprojekten angewendete Vermessungsmethode habe sich bewährt. Innerhalb der Bevölkerung sei ein grosses Interesse spürbar, ihren Landbesitz juristisch zu beglaubigen.

Rosalinda Hernández, Autorin des Buches *"Wem nützt das Kataster?"* teilt diese Meinung nicht. Laut Hernández sind die Pilotprojekte nicht repräsentativ, da sie absichtlich in Gegenden durchgeführt wurden, in denen es historisch nie Landprobleme und -streitigkeiten gab. (Dies bestätigt auch die Grafik, aus der hervorgeht, dass offensichtlich in erster Linie Landvermessungen in städtischen Gebieten durchgeführt wurden, während in ländlichen Gebieten, wo die Landkonflikte gravierender sind, weniger vermessen wurde.)

Auch der kürzlich erschienene Bericht des UN-Entwicklungsprogrammes (PNUD) kommt zum Schluss, dass "das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Landvermessung das grösste Hindernis für ein nationales Katasterprojekt ist".

Unterschiedliche Resultate

Die Resultate der Kataster-Pilotprojekte sind in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich ausgefallen.

Laut Marvin Ajvix, Vermessungstechniker des *Amts für Eigentumssteuer* der Gemeinde San Lucas, Sacatepéquez, ist die Bereitschaft der Bevölkerung, das Katasterprojekt zu unterstützen, in den Dörfern San Lucas und Santiago sehr unterschiedlich. In Santiago, wo 50% der EinwohnerInnen Indígenas sind, ist es schwierig, die Unterstützung der Bevölkerung bei der Landvermessung zu gewinnen. Viele hätten Angst, dass ihnen Land weggenommen würde oder dass sie horrenden Steuern bezahlen müssten, sagte Ajvix.

In San Lucas hingegen wurde im Jahr 1996 eine Immobilienstatistik erhoben und die Leute haben bereits Erfahrungen mit der Steuerbehörde gemacht. Entsprechend sind sie dem Katasterprojekt gegenüber offener eingestellt, erklärte Ajvix.

In Santa Cruz, Alta Verapaz, hingegen, hat die Bevölkerung am 30. Oktober den Bürgermeister zum Rücktritt gezwungen. Die BäuerInnen widersetzten sich dem Vermessungsprojekt und weigerten sich, Besitzumsteuern für ihr Land zu bezahlen. Die Version des Bürgermeisters ist, dass seine Absetzung das Ergebnis einer Kampagne seiner politischen GegnerInnen gewesen sei und nichts mit dem Katasterprojekt zu tun hatte. Der Gouverneur von Alta Verapaz ist jedoch der Meinung, dass es ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren war, die zur Absetzung des Bürgermeisters führten. Unter anderem habe sich die Bevölkerung gegen das Katasterprojekt gewehrt und sich darüber beklagt, dass bei den Vermessungsarbeiten ihre Zäune beschädigt wurden. Auf alle Fälle durfte der Bürgermeister sein Amt wieder einnehmen, nachdem er die Immobiliensteuer suspendiert und die Vermes-

sungsarbeiten gestoppt hatte.

Gesetzesvorschlag eingereicht

Am 8. November reichte die *Paritätische Kommission für die Landrechte der indigenen Bevölkerung* (COPART) einen Gesetzesvorschlag für ein Katastergesetz (RIC) ein. Dieser Vorschlag wurde an den Präsidenten und den Kongress zur Diskussion und Verabschiedung weitergeleitet.

Laut Carlos Cabrera del Valle war es sehr schwierig, zu einem Kompromiss zu gelangen in der Ausarbeitung des Gesetzesvorschlages. Verschiedene Nichtregierungsorganisationen arbeiteten an einem Alternativvorschlag, da sie nicht mit demjenigen der COPART einverstanden waren. Bei diesen Meinungsverschiedenheiten ging es hauptsächlich darum, dass die VertreterInnen der Regierung den Standpunkt einnahmen, dass das Katastergesetz rein technisch abzufassen sei. VertreterInnen der BäuerInnen und Indígenas beharrten jedoch darauf, dass auch soziale Aspekte einbezogen werden müssen. "Die Mehrheit der Mikroökonomie beruht auf der Landwirtschaft und unser Leben ist eng mit der Erde verbunden", argumentierten sie.

Am Tag, an dem die COPART den Gesetzesvorschlag einreichte, taten Menschenrechts- und BäuerInnenorganisationen mit einer Protestdemonstration ihr Nichteinverständnis kund. In einer Presseerklärung bezeichneten sie die Tatsache, dass ihre Vorschläge nicht berücksichtigt wurden, als "Mangel an Respekt und Transparenz gegenüber dem Wiederversöhnungsprozess. Je mehr der Gesetzesvorschlag bereichert wird durch die Vorschläge der verschiedenen Sektoren, speziell der indigenen Gemein-

schaft, umso grösser wird die Unterstützung bei seiner Umsetzung sein", heisst es in der Erklärung. Unterschrieben war das Pressecommuniqué unter anderem von der *Nationalen Indígena- und BäuerInnenorganisation* (CONIC), der *Defensoría Maya*, der *Witwenorganisation* (CONAVIGUA), der Menschenrechtsorganisation CALDH und der *Vereinigung für Sozialwissenschaften* (AVANSCO).

Auch die COPART ist sich bewusst, dass die Annahme ihres Gesetzesvorschlages schwierig sein wird. Befürchtet wird vor allem, dass die Grundidee ihres Vorschlages verändert wird, wie das damals bereits mit dem Gesetz über den *Landfonds* geschah, dessen Schlussfassung gänzlich vom eingereichten Vorschlag abwich. Diese 'Grundidee' geht davon aus, dass sich mit der Annahme des Gesetzesvorschlages "der Landvermessungsprozess vereinfachen und beschleunigen wird. Konsequenterweise werden die ungerechten Landbesitzverhältnisse aufgedeckt. Deshalb muss das Gesetz klare Richtlinien beinhalten, die den Leuten das Recht auf ihr Land gewährleisten".

Zukunft des Katasters

Der Gesetzesentwurf schlägt die Gründung eines nationalen *Katasterregister* vor, in das auch die bereits erfassten Daten der Pilotprojekte aufgenommen werden sollen. Dies ist laut Cabrera kein Problem, haben doch die Pilotprojekte nach ähnlichen Richtlinien gearbeitet, wie sie auch im Gesetzesentwurf enthalten sind. Entsprechend soll auch die juristisch-technische Kommission von PROTIERRA zur technischen Abteilung des *Katasterregisters* werden.

Umweltministerium eingerichtet

Guatemala, 2. Januar. Nicht unerwartet wurde Haroldo Quej Chen zum Chef des neugegründeten Umweltministeriums ernannt. Nicht unerwartet deshalb, weil er bereits Verantwortlicher des *Sekretariats für Umwelt und Natursourcen* war, das Präsident Portillo zu Beginn seiner Regierungszeit gegründet hatte. Ausserdem gehört er dem Vorstand der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) an.

Die Ziele des neuen Ministeriums würden sich nach dem ebenfalls erst letztes Jahr durch Portillo festgelegten Sozialplan richten, erklärte Quej Chen. Ins neue Ministerium eingegliedert werden sollen die *Nationale Umweltkommission* (CONAMA) und der *Guatemalteki-sche Umweltfonds* (FOGUAMA). Auto-

nom bleibt der *Nationale Rat für geschützte Gebiete* (CONAP).

Dass ein solches Ministerium eingerichtet wird, ist erfreulich, aber nicht weiter aufregend. Interessant hingegen sind die Argumentationen der GegnerInnen des neuen Ministeriums. Ein Beweis dafür, dass auf dem Gebiet Umweltschutz noch viel Bewusstseinsarbeit geleistet werden muss.

Ein Argument der GegnerInnen ist, dass die ökonomische Situation des Landes nicht so gut sei, dass es sich ein Umweltministerium leisten könne. Es gäbe Wichtigeres zu tun, zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Erziehung.

Ein anderes ist, dass sich Guatemala in Sachen Umweltschutz in einem

Teufelskreis befände. Die Leute seien zu arm, um sich Gas zu kaufen, deshalb würden sie die Wälder abholzen. Auf einen (zynischen) Nenner gebracht: Die Armen sind schuld an der Umweltzerstörung.

Als drittes Argument werfen sie die Frage auf, ob es sich lohne, heute ein Umweltministerium zu gründen, wenn schon in den vergangenen 20 Jahren nichts in diese Richtung getan wurde.

In einem immerhin sind sich GegnerInnen und BefürworterInnen einig: Das Umweltministerium muss in enger Zusammenarbeit stehen mit allen andern Ministerien. Es nützt nämlich nichts, wenn Umweltsetze eingeführt werden, die von niemandem eingehalten werden und deren Übertreten straflos bleibt.

Minugua veröffentlicht Bericht über Lynchjustiz

Guatemala, 22. Dezember. Die UNO-Mission für Guatemala, MINUGUA, hat kurz vor Weihnachten ihren Bericht 'Die Lynchjustiz - eine Geissel der menschlichen Würde' veröffentlicht.

Der Bericht umfasst die Zeit von 1996-2000 und registriert 176 Fälle von ausgeübter und 161 Fälle von versuchter Selbstjustiz. Insgesamt wurden dabei 187 Personen umgebracht und 448 Personen verletzt. In nur 75 Fällen bzw. Versuchen wurden Prozesse geführt. Siebzehn davon wurden zu Ende geführt, wobei es sieben Freisprüche und zehn Verurteilungen gab.

MINUGUA gab im Bericht ihre Sorge über die untolerierbare Lynchpraxis zum Ausdruck und verurteilte die Straflosigkeit, die den meisten Fälle eigen ist.

"Das Phänomen der Lynchmorde verletzt das Recht auf Leben, auf Unversehrtheit, auf Freiheit und auf eine Prozessführung. Ausserdem gefährdet es eines der Hauptanliegen des Friedensprozesses, nämlich den Aufbau einer Gesellschaft, in der die Menschenwürde respektiert und die Menschenrechte eingehalten werden", sagte Gerd Merrem, Chef von MINUGUA, bei der Vorstellung des Berichts.

Laut der Untersuchung wurde in den Departementen Quiché, Alta Verapaz, Guatemala, Huehuetenango, Sololá, San Marcos, Chimaltenango, Petén, Totonicapán und Quetzaltenango am meisten Selbstjustiz ausgeübt. Dies sind Gebiete, die während des Krieges stark

von den Aufstandsbekämpfungsmassnahmen der Regierung betroffen waren.

Juan Pablo Corlazzoli, stellvertretender Chef der Mission, betonte, dass es wichtig sei, in die Prävention zu investieren und nicht in die Repression. Die Ursachen und nicht in erster Linie die Taten müssten bekämpft werden. Es müsse mehr Sicherheits- und Justizpersonal in den betroffenen Gebieten präsent sein, meinte er. Ganz wichtig sei aber auch die Durchführung einer Sensibilisierungskampagne.

In einem Kommentar in der *Prensa Libre* über die Veröffentlichung des Berichts heisst es, der Staat sei hauptverantwortlich für die Lynchmorde, speziell der Innenminister, die zivile Nationalpolizei, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte. Dabei zitierte die Zeitung den Pressesprecher von MINUGUA, Thierry Del Rue, der die Verantwortung des Staates darin sieht, die Personen zu schützen, die die Fälle untersuchen und

Strafen verhängen. Laut Del Rue kommt die Regierung ihrer Verantwortung nicht nach. Ein weiteres Problem sieht er im Mangel einer Verbrechensbekämpfungspolitik, die Prävention und Intervention in Krisensituationen beinhaltet. Der Polizei wirft er mangelnde Zusammenarbeit mit den Gemeinden vor. Ebenso erwähnte er die Tatsache, dass viele Polizisten die Sprache der DorfbewohnerInnen nicht beherrschen.

Wenige Tage zuvor gab Merrem die Reduzierung von Personal und Mittel bei MINUGUA bekannt. Das Budget wurde auf der letzten UNO-Generalversammlung um 45%, d.h. auf 16,3 Millionen US-\$ pro Jahr gesenkt. Als Konsequenz davon werden die Büros in Sololá und Huehuetenango geschlossen. Die Anzahl der Angestellten soll von 538 auf 285 reduziert werden. Um weitere Personalkosten zu sparen, soll ausländisches Personal durch guatemaltekisches ersetzt werden.

Präsidentchaftswahlen 2003

Guatemala, 29. Dezember. Erst ein Jahr ist Präsident Portillo nun im Amt und bereits beginnen die Spekulationen über die Kandidaturen für die Präsidentchaftswahlen 2003. Noch ist das politische Szenario nicht durchschaubar. Unklar ist auch, ob die FRG eine Verfassungsänderung durchbringen wird, welche die Wiederwahl ehemaliger Präsidenten ermöglichen soll. Wird ihr dies gelingen, muss damit gerechnet werden, dass bekannte Namen wie derjenige des Kongresspräsidenten Ríos Montt oder der beiden Ex-Präsidenten Ramiro de Leon Carpio und Vinicio Cerezo die Wahlplakate zieren.

Einer, der bisher in der politischen Szene unbekannt war, nun aber als möglicher Kandidat gehandelt wird, ist José María Coma, Generaldirektor des Mobiltelefonherstellers COMCEL. Coma kündigte für Januar die Gründung einer Partei an, dessen Namen er der Öffentlichkeit jedoch noch verschweigt. Im Moment umfasse seine Bewegung etwas 280 Personen, vor allem Jugendliche (er selber ist erst 38 Jahre alt) aus den verschiedensten sozialen Schichten, erklärte er. Einer seiner Unterstützer ist der Christdemokrat Alfonso Cabrera.

Coma kündigte die Gründung eines *Zentrum für demokratische Studien* (CED) an, das Kurse über Politik, Wirtschaft und Kultur anbieten wird. Er erhofft sich, dort zukünftige PolitikerInnen auszubilden, die etwas von Politik, Wirtschaftsentwicklung und Philosophie

verstehen. Er selber gab zu, Interesse an einer Kandidatur zu haben. Seine Herkunft ist humanitär-christlich und er versprach, in seiner eventuellen Regierung die Bevölkerung am Reichtum teilhaben zu lassen.

Mindestens ein Teil der FRG sieht den Kongressabgeordneten, Generalsekretär der Partei und Direktor des Friedensfonds (FONAPAZ), Aristides Crespo, als möglichen Kandidaten für die Partei. Dies beweisen 15'000 T-Shirts mit dem Aufdruck "Crespo Sí, Presidente 2004", die im Parteisitz der FRG in Escuintla, der Heimatstadt Crespo's, gefunden wurden. Auf die T-Shirts angesprochen, meinte Crespo, er wisse davon, habe aber keine Ahnung, wer sie in Auftrag gegeben habe. Im Moment sei es noch zu früh, Kandidaturen zu lancieren, vorerst müsse der aktuelle Präsident, Alfonso Portillo bei seiner Arbeit für ein besseres Guatemala unterstützt werden, erklärte Crespo.

Etwas diskreter geht Ricardo Castillo vor. Seit Monaten ist er dabei, sich im Land beliebt zu machen. Als Präsident der zentralamerikanischen Sportspiele 2001 wird er das ganze Jahr im Rampenlicht stehen.

Noch sind alles Spekulationen. Sicher ist jedoch, dass bis zu den Wahlen im Jahre 2003 noch einige Köpfe rollen werden und dass ein so früh beginnen der Wahlkampf nicht zu einer Beruhigung der Streitigkeiten innerhalb der momentanen Regierung beiträgt.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

"FRG räumte dem Frieden keine Priorität ein"

Guatemala, 29. Dezember. Der vierte Jahrestag der Unterzeichnung der Friedensabkommen war der guatemaltekischen Jugend gewidmet. Die Feierlichkeiten begannen mit der Ankunft von über 150 Jugendlichen in der Hauptstadt, die aus siebzehn Departementen zu einem Workshop über die Friedensabkommen zusammentrafen. Organisiert wurde dieser vom *Nationalen Jugendrat* (CONJUVE), dessen Leiter Juan Pablo Ríos, ein Enkel von Ríos Montt ist.

Auf dem Platz vor dem Regierungsgebäude wurde das historische Ballspiel der Mayas inszeniert, das vor Jahrhunderten als pazifistisches Mittel zur Konfliktregelung galt.

Mit einem eher populären Ballspiel, nämlich mit einem Fussballturnier, wurde im Departement San Marcos der Jahrestag der Friedensunterzeichnung gefeiert. Gegeneinander angetreten sind die Teams der Diözese von San Marcos, der Militärzone Nr. 18, der ArbeiterInnenunion von Quetzaltenango (UTQ) und der URNG. Im Final verlor die URNG gegen das Militär. Unter den ZuschauerInnen befand sich unter anderem eine Gewerkschaftsdelegation aus Chiapas.

In der Hauptstadt legte unterdessen Präsident Portillo eine weisse Rose am Friedensdenkmal nieder, das im Hof des nationalen Kulturpalastes steht. In

diesem wurde auch die Ausstellung "Guatemala exportiert den Frieden" eröffnet. In seiner Rede zum Jahrestag der Friedensunterzeichnung bat Portillo das guatemaltekische Volk, den Traum des Friedens nicht aufzugeben. "Ich weiss, dass viele Leute unzufrieden sind, und sie sind es zu recht", sagte Portillo und versprach, seinen Teil der Verantwortung wahrzunehmen in der Zeit, die ihm als Präsident noch bleibt. Die URNG bat er, "mit dem selben Mut, mit dem sie zu den Waffen griff, nun zu eine Friedensstrategie zu greifen".

Die Feierlichkeiten fanden in einem Klima der Kritik an der *Republikanischen Front Guatemala* (FRG), statt, der vorgeworfen wird, die Umsetzung der Abkommen zu verhindern.

Dass die FRG dem Frieden keine Priorität in ihrem Regierungsprogramm einräumt, ist die einhellige Meinung verschiedener Personen, die damals an den Verhandlungen teilnahmen.

"Vier Jahre nach der Friedensunterzeichnung und nach einem Jahr FRG-Regierung sind alle desillusioniert", war die Meinung von Otto Pérez Molina, der fürs Militär an den Verhandlungen teilgenommen hatte.

Noch kategorischer lautete das Urteil von Héctor Rosada, Hauptverhandler während der Regierung von Ramiro

de León Carpio: "Ich habe das Gefühl, der Friedensprozess stirbt einen langsamen Tod. Die FRG hat im Jahr 2000 den Begriff 'Friedensabkommen' mit Füßen getreten und wenn es in diesem Land jemanden gibt, der den Inhalt der Abkommen nicht kennt, so ist das unser Präsident. Alfonso Portillo."

Gabriel Aguilera, Leiter des *Friedenssekretariats* (SEPAZ), akzeptierte die an der Regierung geäußerte Kritik, gab sich aber optimistisch hinsichtlich der Anstrengungen, die im nächsten Jahr unternommen werden sollen. Mit der Aufstellung eines neuen Zeitplans, der die Umsetzung der verbleibenden 119 Punkte der Abkommen umfasst, sei ein Zeichen des politischen Willens gesetzt worden, in den nächsten vier Jahren die Umsetzung abzuschliessen, meinte Aguilera.

Auch die URNG veröffentlichte eine Erklärung zum Jahrestag. Darin hiess es, die Umsetzung der Friedensabkommen sei in den letzten vier Jahren gar nicht zufriedenstellend gewesen. Im Gegenteil, das wenige Erreichte sei nicht zum Tragen gekommen. Als Schuldige nannte die URNG ebenfalls die Regierung mit ihrem mangelnden Willen, sowie die im Hintergrund agierenden Kräfte, übernahm jedoch selbstkritisch auch einen Teil der Verantwortung.

Der Friede im neuen Millenium

Guatemala, 30. Dezember. Dies ist der Titel des Leitartikels der *Prensa Libre* am 30. Dezember. Der Artikel spricht eine klare Sprache, weshalb wir hier einige Ausschnitte davon wiedergeben möchten:

"Vier Jahre sind vergangen seit den Feierlichkeiten, die 36 Jahre Bürgerkrieg beendeten. Auch der diesjährige Jahrestag wurde feierlich begangen, mit einer emotionalen Rede von Präsident Portillo, die sich durch die Abwesenheit vieler, die zur Unterzeichnung beigetragen hatten, charakterisierte.

In den vergangenen vier Jahren hat sich gezeigt, dass es für Frieden mehr braucht als das Schweigen der Waffen. Entwicklung und Fortschritt stellen sich nicht automatisch ein. Die Hauptfrage, die sich bewusste GuatemalteInnen stellen müssen, lautet: Weshalb ist der laue Enthusiasmus, den wir bei der Friedensunterzeichnung noch verspürten, nun gänzlich eingefroren? Die Antworten auf diese Fragen sind einfach, aber oft schwer zu akzeptieren.

Um es mit wenigen Worten auszudrücken: Wir GuatemalteInnen haben

unsere Rolle als ErbauerInnen des Friedens nicht erfüllt. Diese Aufgabe geht alle etwas an. Aber die einen müssen etwas mehr Verantwortung übernehmen als die andern und zu diesen einen gehört die Regierung und die anderen mächtigen Kräfte. Die schlechten Angewohnheiten der Vergangenheit gehen weiter und haben dazu geführt, dass die Früchte des Friedensprozesses rar werden oder gänzlich verschwinden.

Wir können die Geschichte weder stoppen noch rückgängig machen. Der Frieden braucht Loyalität, Mut, Kühnheit, Ehrlichkeit und Transparenz. Er darf von niemanden für sich allein beansprucht werden, denn er gehört allen, wie das gestern auch Präsident Portillo in seiner Rede gesagt hat. Aber es stellt sich die Frage, ob die Regierung, nicht nur diejenige, die während der Friedensunterzeichnung an der Macht war, sondern auch die aktuelle, diese Kriterien erfüllt. Die Antwort ist einfach: Nein.

Der Frieden hat an Popularität verloren, denn er hat für den grössten Teil der Bevölkerung keine Verbesserung ihrer Lebenssituation zur Folge. Die

Straflosigkeit geht weiter, geschützt durch sogenannte demokratische Prinzipien und Gesetze.

Nun ist es Zeit zu agieren, wirkliche Veränderungen herbeizuführen, fundamentale Verbesserungen zu erreichen, damit der Enthusiasmus der neuen Generation geweckt wird.

In den vier Jahren seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen sind 1.3 Millionen GuatemalteInnen geboren worden, weitere 1.2 Millionen waren am 29. Dezember 1996 zwischen null und vier Jahren alt. Dies bedeutet, dass für ungefähr 20% der Bevölkerung, oder für jede fünfte Person, diese schmerzhafteste Etappe nur eine unter vielen in der Geschichte ist. Sie haben keinen direkten Bezug dazu.

Das gute Beispiel, von dem der Präsident spricht, muss die Regierung selber geben, speziell er selber. Wir andern haben auch alle unsere Rolle zu übernehmen, ausgehend von den individuellen Möglichkeiten. Doch dies nützt alles nicht, wenn die Regierung nicht bereit ist, die schlechten Gewohnheiten von früher abzulegen.

Proteste wegen miserabler Stromversorgung

Guatemala, 2. Januar. In verschiedenen Gemeinden im Landesinnern nahmen in den letzten Wochen die Proteste der Bevölkerung wegen Stromausfall und -schwankungen zu. Die *Nationale Vereinigung der Stadtverwaltungen* (ANAM) forderte vom Kongress die sofortige Reform des Energiegesetzes. Die ANAM beklagte sich über den schlechten Service der Stromversorger, über absurd hohe Stromrechnungen und über Landenteignungen durch die Stromproduzenten.

Die Anschuldigungen betreffen in erster Linie den Stromlieferanten *Unión Fenosa*, dem die Verteilerzentralen DEORSA und DEOCSA gehören, die einen grossen Teil des ländlichen Guatemalas mit Strom versorgen. Die spanische *Unión Fenosa* hat unter der Regierung Arzú die beiden Verteilerzentralen gekauft. Der damalige Vizepräsident, Luis Flores Asturias, versprach, dass aus dem Erlös des Verkaufes 95% der ländlichen Bevölkerung einen Stromanschluss bekäme. Nun rühmt sich *Unión Fenosa* im Jahr 2000 die elektrische Erschliessung auf dem Land um 29% erweitert zu haben.

In der Gemeinde La Esperanza, Quetzaltenango, brannte durch die stän-

digen Stromschwankungen die Wasserpumpe durch, die die weitläufige Gemeinde mit Wasser versorgte.

In Mazatenango gibt es Gemeinden, die nach jedem Regen einen 24-stündigen Stromausfall haben. Eine Aussprache zwischen VertreterInnen der betroffenen Gemeinden und Verantwortlichen der *Unión Fenosa* musste wegen Stromausfall im Sitz des Unternehmens abgebrochen werden.

In Coatepeque demonstrierten rund 2000 Personen gegen die Firma DEOCSA, da sie Stromrechnungen für Privathaushalte in Höhe von bis zu 80'000 Quetzales (ca. 10'550 US-\$) im Monat erhalten hatten.

Die Pressesprecherin der *Unión Fenosa*, Claudia Sierra, erklärte, die Stromunterrechnungen seien auf Revisionsarbeiten an den Leitungen zurückzuführen. Sie hätten das seit zwanzig Jahren nicht mehr unterhaltene Stromversorgungsnetz vom *staatlichen Elektrizitätswerk* (INDE) übernommen. Bezüglich der Stromschwankungen meinte sie, liege ein Planungsfehler in der Stromleitungsführung vor; viel Energie ginge beim Transport verloren. Dazu komme, dass oft viel mehr Häuser an die Transformatoren angeschlossen wür-

den und ihre Kapazität überlastet sei.

Anfang Dezember lief die Übergangsfrist ab, die der *Unión Fenosa* zugestanden wurde, um die Elektrifizierung auf dem Lande fertigzustellen. Ab sofort hat die Nationale Energiekommission (CNEE) den Auftrag, Sanktionen und Bussen gegen Unternehmen auszusprechen, die einen mangelnden Service bieten. Die von regelmässigen Stromausfällen betroffenen Gemeinden drohen damit, konkrete Aktionen gegen den Stromlieferanten zu ergreifen.

Auch das INDE selber ist an seine finanziellen Grenzen gestossen. Falls der Kongress keine Subventionierung des INDE bewilligt, müsse das Unternehmen seinen Service einschränken, erklärte Geschäftsführer Jorge Juárez. Bei dieser Subvention handelt es sich um monatlich rund 35'000 Quetzales (4600 US-\$).

GewerkschafterInnen des INDE forderten den Kongress auf, die Subventionierung zu bewilligen, da sonst die Gefahr besteht, dass auch noch der Rest des staatlichen Unternehmens privatisiert wird. Das Gesetz namens 'Sozialtarif' stand am letzten Tag vor den Weihnachtstagen auf der Traktandenliste des Kongresses und wurde nach längerem Hin und Her bewilligt.

MaquilaarbeiterInnen wehren sich

Guatemala, 4. Januar. Mehr als 1400 ArbeiterInnen einer Kleidermaquila drohten damit, die drei Fabriken, in denen sie arbeiten, niederzubrennen. Der Grund dafür ist, dass der US-amerikanische Besitzer, Jeff Colton, ihnen die Dezemberlöhne mit ungedeckten Schecks bezahlt hatte. Die ArbeiterInnen setzten vorläufig ihre Drohung nicht in die Tat um, sondern reichten beim Arbeitsministerium Klage gegen den Maquilabesitzer ein.

Seit Ende Dezember haben sich die Protestaktionen der MaquilaarbeiterInnen gehäuft. In den meisten Fällen ging es darum, dass die Besitzer vor Weihnachten die Gehälter nicht oder nur teilweise ausbezahlten.

Im Falle der Maquila *Shin Won* in San Vicente Pacaya, Escuintla, machten die ArbeiterInnen ihre Drohung wahr und setzten die Fabrik in Brand, weil sich der Besitzer weigerte, den Aufpreis für Akkordarbeit zu bezahlen. Dabei ging es um 40 Quetzales (ca. 5.3 US-\$) pro Person. Die Ausrede des Besitzers war, er werde im Jahr 2001 die Gehälter erhöhen, wie das von der Regierung verlangt werde. Beim Eingreifen der Polizei wur-

den mehrere Personen verletzt.

Auch die rund 500 Angestellten des Gemüseexporteurs *Agrofrío* setzten die Einrichtungen des Unternehmens in Brand. Ihr Chef weigerte sich, sowohl den Dezemberlohn wie auch die Gratifikation zu bezahlen. Als 'Entschädigung' nahmen die ArbeiterInnen einen Teil des Mobiliars und die Computer mit.

Ebenfalls kurz vor Weihnachten wurde bekannt, dass die ArbeiterInnen der Maquila *Tampont* in der Hauptstadt verbal und körperlich belästigt werden. Besitzer und Aufseher haben einen sogenannten 'Todestrakt' eingerichtet, in dem die Frauen eingesperrt und gezwungen werden, Extrastunden zu arbeiten, erklärte Olympia Gatica von der *guatemaltekischen Gewerkschaftsunion* (UNSITRAGUA). Wer in diesem 'Todestrakt' Überstunden arbeiten muss, wird dafür nicht bezahlt und die Misshandlungen sind stärker als unter 'normalen' Arbeitsbedingungen.

Aufgrund dieses Zustandes hatten sich die Frauen gewerkschaftlich organisiert, um ihre Rechte einzufordern. Daraufhin nahmen die Misshandlungen in der Fabrik zu und mehrere Frauen wur-

den entlassen. Nachdem die Frauen Anzeige erstatteten und Druck ausübten, wurden sie wieder eingestellt. Ihre Anzeige wurde jedoch vom Arbeitsministerium zurückgewiesen.

Hagel zerstörte Häuser und Ernte

Guatemala, 23. Dezember. Mindestens 3550 Personen der Gemeinden El Hato und San Mateo Milpas Altas, Saquetepéquez wurden obdachlos, weil ihre Häuser ganz oder teilweise von Hagel zerstört wurden. Die Körner erreichten eine Grösse von bis zu fünfzehn Zentimeter Durchmesser und schlugen zum Teil durch die Zinkdächer. Einen Tag später fuhren die BewohnerInnen in Schubkarren immer noch Eiskörner von den Strassen weg.

In Chimaltenango zerstörte der Hagel mehrere Quadratkilometer Gemüsegelder. Für viele Produzenten ist dies ein nicht wieder gutzumachender Schaden, da sie teilweise ihre zerstörten Ernten bereits verkauft haben.

Ex-KämpferInnen in Finanznot

Suchitepéquez, 3. Januar. Die ehemaligen KämpferInnen der URNG, die heute in der Landwirtschaftskooperative *El Progreso* leben, fordern vom *Landfonds* (FONTIERRA) Neuverhandlungen über die Modalitäten für die Rückzahlung ihres Kredites. Das Land, auf dem die Kooperative angesiedelt ist, ist mit 14 Millionen Quetzales (ca. 1.8 Mio. US-\$), inkl. Zinsen, bei FONTIERRA verschuldet. Innerhalb zehn Jahren muss die Schuld zurückbezahlt werden. Nun wäre eine erste Rate fällig. Jede der 72 in *El Progreso* lebenden Familien müsste rund 2000 US-\$ hinblättern.

"Dies ist unmöglich", erklärte Mario Abrego, Präsident der Kooperative. "Bis jetzt sind die Leute mit dem Aufbau der Infrastruktur beschäftigt gewesen. Zwar hat der guatemaltekische *Wohnungsbaufonds* (FOGUAVI)

finanzielle Unterstützung für den Bau der Häuser geleistet. Dieses Geld reichte aber nur, um jeder Familie ein 3X3 Meter grosses Haus zu bauen. Deshalb haben wir es vorgezogen, die Häuser nicht von einem Bauunternehmen erstellen zu lassen, wie das FOGUAVI vorschlug, sondern uns die Materialien bezahlen zu lassen und die Arbeit selber zu leisten". Licht und ein Abwassersystem gibt es in *El Progreso* (der Fortschritt!) immer noch nicht.

Nun leben die Ex-KämpferInnen zwar in verhältnismässig grossen Häusern, haben aber die produktiven Projekte vernachlässigt. Durch den Anbau von Zitrone und Ananas sowie durch den Verkauf von selbstgebackenem Brot, versprach sich die Kooperative, das notwendige Geld zur Rückzahlung des Kredits erwirtschaften zu können. Bis zum heutigen Tag werfen aber diese Projekte noch keinen Gewinn ab.

Auch um die Bereiche Gesundheitsversorgung und Erziehung steht es in *El Progreso* nicht viel besser. In beiden Fällen sei zu spüren, dass das anfängliche Interesse (bzw. die Verpflichtung) der staatlichen Institutionen verflogen sei, die Eingliederung der ehemaligen KämpferInnen ins soziale Leben zu unterstützen, bedauerte ein Mitglied der Kooperative.

Trotzdem sind die BewohnerInnen von *El Progreso* bereit, auf politischem Weg für die Umsetzung der Friedensabkommen zu kämpfen. "Sie sind die einzige Alternative zum Neoliberalismus", sagte Kooperationspräsident Abrego anlässlich der Feierlichkeiten der Kooperative zum Jubiläum der Abkommen.

Situation an der Grenze zu Belize spitzt sich zu

Guatemala, 5. Januar. Über Internet verbreitete die belizische Regierung die Meldung, ihre Armee habe im Naturpark *Columbia* eine guatemaltekische Siedlung 'entdeckt'. Sie gaben der guatemaltekischen Regierung 74 Stunden Zeit, um die Situation zu überprüfen, ansonsten würde die von 221 Personen bewohnte Siedlung geräumt. Die guatemaltekische Regierung beauftragte die binationale *Kommission zur Beilegung des Grenzstreites*, eine Untersuchung einzuleiten. Im Verlauf des Jahres 2000 wurden mehr als zehn Übergriffe von belizischen Soldaten auf die guatemaltekische Zivilbevölkerung gemeldet.

Dieser jüngste diplomatische Zwischenfall ereignete sich eine Woche nachdem sich der belizische Botschaf-

ter in Guatemala mit Präsident Portillo getroffen hatte. Ziel des Treffens war, die Mechanismen auszuarbeiten für die Umsetzung der "Massnahmen zur Förderung des Vertrauens". Diese wurden am 8. November in Washington durch Vermittlung der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) unterzeichnet.

Festgelegt wurde z.B. eine Grenzzone von zwei Kilometern Breite. Alle Siedlungen, Häuser oder sonstige Infrastruktur, die innerhalb dieser Grenzzone liegen, dürfen nicht geräumt werden, solange die Verhandlungen zur Beilegung des Grenzstreites andauern. Voraussetzung ist, dass sich die BewohnerInnen nicht dem Anbau von Marihuana widmen, nicht in den Drogenhandel verwickelt sind

und die Siedlung vor dem 1. Oktober 2000 errichtet wurde.

Die belizische Regierung rechtfertigte das Eingreifen ihrer Armee damit, dass die entdeckte guatemaltekische Siedlung nicht mehr innerhalb dieser Grenzzone liege. Deshalb seien sie auch nicht gezwungen, die in den "Massnahmen zur Förderung des Vertrauens" festgelegten Vorschriften einzuhalten und könnten die Siedlung jederzeit räumen.

Am 5. Januar organisierten guatemaltekische BäuerInnen eine Demonstration durch diejenigen Grenzdörfer, die immer wieder von belizischen Armeeangehörigen schikaniert werden.

Die guatemaltekische Armee wurde in Bereitschaft versetzt.

US-Militär baut Schulen und Strassen

Guatemala, 16. Dezember. Der Leiter des "Kommando Süd" des US-amerikanischen Militärs, Peter Pace, und der guatemaltekische Präsident, Alfonso Portillo, haben ein neues Projekt für militärische Zusammenarbeit ausgeheckt. Unter dem Namen "Neue Horizonte" sollen US-amerikanische Militärstrategen im Petén beim Schulhaus-, Brunnen- und Strassenbau helfen. Das formulierte Nebenziel dieser Aktion ist die Bekämpfung des Drogenhandels. Die beiden Armeen müs-

sten zu *Compañeros* werden, ohne den Respekt vor der Souveränität des anderen Landes zu verlieren, erklärte Pace. Die Aktion "Neue Horizonte" wird im Januar beginnen und bis April dauern.

Die *Defensoría Maya* lehnte in einer Presseerklärung die geplante Zusammenarbeit ab. "Diese Aktion läuft auf eine Remilitarisierung der guatemaltekischen Gesellschaft hinaus. Sie wird in einer Gegend durchgeführt, in der die indigenen Gemeinden wäh-

rend des Krieges stark unter der Repression und dem Terror der guatemaltekischen Armee gelitten haben. US-amerikanische Soldaten dürfen nicht zivile Aufgaben erfüllen, die in die Verantwortung der guatemaltekischen Regierung und Ministerien fallen", kritisierte die Organisation.

Nachdem sich bei früheren Gelegenheiten im Kongress Widerstand gegen diese Art Zusammenarbeit mit den USA geregt hatte, sprach sich in diesem Fall niemand dagegen aus.